



Open Access Repository
www.ssoar.info

Integration von Zuwanderern: eine elementare Kultur der europäischen Stadt

Siebel, Walter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Siebel, W. (2019). Integration von Zuwanderern: eine elementare Kultur der europäischen Stadt. *Stadtforschung und Statistik : Zeitschrift des Verbandes Deutscher Städtestatistiker*, 32(2), 2-5. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-64105-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Integration von Zuwanderern – eine elementare Kultur der europäischen Stadt¹

Vormoderne Stammesgesellschaften hatten keinen Platz für Fremde. Der Fremde wurde erschlagen oder davon gejagt, wenn er Glück hatte adoptiert oder geheiratet und dadurch zum Verwandten gemacht. Auf die eine oder andere Art musste Fremdheit vernichtet werden. In modernen Gesellschaften dagegen ist die Anwesenheit von Fremden alltäglich geworden. Jeder fünfte Einwohner der Bundesrepublik ist selber zugewandert oder direkter Nachkomme von Zugewanderten. In Städten wie Stuttgart, Frankfurt und Offenbach am Main haben mindestens 40 % der Erwachsenen und 60 % der Kinder einen Migrationshintergrund. Und das wird zur Normalität in vielen großen Städten Deutschlands werden. Trotzdem gibt es bisher keine schweren Konflikte vergleichbar denen in der französischen Banlieue, englischen oder gar US-amerikanischen Städten, und das in einer Gesellschaft mit der Vergangenheit der deutschen! Was befähigt moderne Gesellschaften, so vergleichsweise gelassen mit so viel Fremdheit umzugehen. Ich werde im ersten Teil meines Vortrags Gründe für ein Gelingen von Integration vortragen, im zweiten Teil Gründe für ein Misslingen. Den Schluss bilden Stichworte zur Integrationspolitik.

Prof. Dr. Walter Siebel

ist Stadtsoziologe. Er hatte von 1975 bis 2003 die Professur für Soziologie an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg inne; umfangreiche Beratertätigkeit u.a. 1989 bis 1995 als wissenschaftlicher Direktor der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park

 walter.siebel@uni-oldenburg.de

Schlüsselwörter:

Differenz – Fremdheit – Integration – Kultur – Segregation – Stadt – Urbanität

Über Integration und Ausgrenzung wird in den großen Städten entschieden. Städte entstehen, wachsen und erhalten sich durch Zuwanderung. Ohne Migration gäbe es keine Städte. Zuwanderung war immer schon auf die großen Städte gerichtet. Bisher lebt fast die Hälfte aller Zuwanderer in den deutschen Großstädten, von den Deutschen sind es nur 31 %. Das hat gute Gründe: Das Bildungssystem ist differenzierter, die Wohnungs- und Arbeitsmärkte sind aufnahmefähiger, weshalb die strukturellen Integrationschancen hier besser sind. Zuwanderer finden in den großen Städten auch eher Kolonien ihrer eigenen Ethnie und damit Brückenköpfe ihrer Heimat in einer noch fremden Gesellschaft. Zudem sind Städte offene Systeme, die anders als Nationalstaaten keine Mitgliedschaften oder Aufenthaltsgenehmigungen erteilen oder versagen. Hier muss man sich nur an- oder abmelden. Und schließlich fällt der Migrant in der großen Stadt weniger auf, denn die Stadt ist ein Ort, an dem Fremde leben.

Stadt beginnt dort, wo die Bewohner sich nicht mehr kennen. Der Prototyp des Täters ist der Fremde. Dafür ist zuallererst die Zahl der Menschen verantwortlich. Ab 4.000 Einwohnern übersteigt es die Fähigkeiten des menschlichen Gedächtnisses, alle zu kennen. Auch die Fluktuation der Bevölkerung spielt eine Rolle. Statistisch gesehen wechselt jeder Berliner innerhalb von vier Jahren einmal seine Wohnung, also fehlt die Zeit, sich kennenzulernen. Entscheidend aber ist, dass moderne Großstädte aus sich heraus vielfältige Fremdheiten produzieren. Auch jenseits der ethnischen Kolonien findet man in großen Städten die unterschiedlichsten Milieus: das ordentliche Milieu der Kleinbürger und das unordentliche der Künstler, das studentische Milieu, die verschiedenen Subkulturen Jugendlicher, die Reste traditioneller Arbeitermilieus, das Milieu der Homosexuellen, das der Obdachlosen und das der wohlhabenden Oberschicht. Ein wohlgekleideter Banker dürfte sich vom Anblick eines allseits beringten und bunt gefärbten Punks mindestens ähnliche befremdet fühlen wie ein deutscher Arbeiter von seinem türkischen Kollegen. Deshalb mussten Städte vor aller Zuwanderung eine Kultur entwickeln, die ein friedliches Nebeneinander von Fremden ermöglicht. Diese Kultur ist die urbane Lebensweise, die Georg Simmel vor 100 Jahren als blasierter, gleichgültig, distanzierter und intellektualisierter beschrieben hat. Der gelernte Städter hält Distanz, er wappnet sich mit urbaner Indifferenz gegen die beunruhigenden Erfahrungen der Begegnung mit Fremden, wie sie in der Stadt alltäglich sind.

Stadtkultur ist eine Kultur des zivilisierten Umgangs mit Fremdheit. Blasiertheit, Gleichgültigkeit, Distanziertheit und Intellektualität sind urbane Tugenden, die das dichte Zusammenleben von Fremden möglich machen, ohne Fremdheit in Homogenität aufzuheben. Die urbane Lebensweise ist dabei mehr als resignierte Toleranz, die die Tatsache der Fremdheit bloß hinnimmt. Im Gegenteil, die Kreativität der Stadt beruht auf der Fähigkeit, Integration bei zunehmender Differenz zu gewährleisten. Das ist die Voraussetzung für die Produktivität der städtischen Kultur, denn Stadtkultur entsteht aus der Auseinandersetzung mit dem Fremden.

Nicht alle Stadtbewohner aber sind gelernte Großstädter in Simmels Sinne. Nach Stendal ist Urbanität „nichts als die überlegene Unfähigkeit, sich über die schlechten Manieren anderer zu ärgern“. Der urbane Blick ist ein Blick von oben aus der Perspektive der Oberschicht auf das ungehobelte, niedere Volk. Nicht jeder kann sich Gleichgültigkeit leisten. Dazu muss man ökonomisch unabhängig sein und über eine gesicherte Privatsphäre verfügen. Auch dürfte Reserviertheit gegenüber allem und jedem auf Dauer kaum mit psychischer Gesundheit vereinbar sein. Die urbane Lebensweise setzt eine gesicherte bürgerliche Existenz voraus, ökonomisch wie psychisch. Deshalb gibt es noch einen zweiten Mechanismus zur Einhegung der Konflikte angesichts der ständigen Nähe von Fremden, und dieser Mechanismus ist die Segregation. Die segregierte Stadt sortiert verschiedene soziale Gruppen in verschiedene Territorien. Sie übersetzt soziale und kulturelle Distanzen in räumliche Distanzen. Damit leistet die Stadtstruktur dasselbe wie die urbane Mentalität des gelernten Städters: Fremdheit bleibt erhalten, jeder kann nach seiner Façon selig werden, aber die möglichen Konflikte zwischen verschiedenen Fremdheiten werden entschärft, indem Fremdheit aus der Wahrnehmung gleichsam ausgeblendet bleibt. Urbane Lebensweise und Segregation sind Mechanismen, um Fremdheit zu dethematisieren.

Aber auch die segregierte Stadt dient zu mehr als nur zur Vermeidung von Konflikten. Die moderne Großstadt setzt sich aus einer Vielzahl großstädtischer Milieus zusammen, sie ist ein Mosaik aus kulturellen Dörfern. Die Spezialisierung verschiedener Orte in der Stadt auf unterschiedliche Tätigkeiten, Bedürfnisse und Interessen hilft, die eigene Besonderheit leben zu können. Segregation ist die Voraussetzung dafür, dass sich in einer Stadt verschiedene Lebensstile, Subkulturen oder Milieus entfalten können. Damit hat Segregation wie die urbane Lebensweise eine produktive Funktion: Sie ist eine Voraussetzung für die lebendige Vielfalt der urbanen Kultur.

Was für die Stadtgesellschaft gilt, gilt für moderne Gesellschaften generell. Moderne Gesellschaften erreichen Integration auch durch die Fähigkeit, systematisch von Fremdheit abzusehen. Der Markt, eines der zentralen Systeme unserer Gesellschaft, ist farbenblind. Hier zählt nur, ob jemand über Geld, marktgängige Waren oder nachgefragte Qualifikationen verfügt. Seine Hautfarbe, seine Religion und seine politischen Überzeugungen sind irrelevant. Es gehört geradezu zur Logik des Marktes, nicht zu diskriminieren. Ein Markt, der aufgrund rassistischer, politischer oder kultureller Vorbehalte auf verfügbare

Produktionsfaktoren, z.B. Arbeitskräfte, verzichtet, kann keine optimalen Ergebnisse erzielen. Moderne Gesellschaften wirken nicht nur durch Homogenität integrierend, sondern auch durch ihre Fähigkeit, Differenz zu dethematisieren.

Es gibt also gute theoretische Gründe für die Annahme einer hohen Integrationsfähigkeit moderner Gesellschaften. Aber es sind theoretische Gründe. Viele empirische Argumente sprechen dagegen. Der Markt ist keineswegs frei von Diskriminierung. Die Chancen der Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt sind schlechter, auch bei gleicher Qualifikation. Zuwanderer haben es schwerer, eine Wohnung zu mieten, auch bei gleicher Zahlungsbereitschaft, und viele Zuwanderer verfügen nicht über die Bürgerrechte.

Integration ist ein zweiseitiger Prozess, der der aufnehmenden Gesellschaft wie den Zugewanderten viel abverlangt. Die aufnehmende Gesellschaft muss den Zuwanderern dieselben Chancen politischer und ökonomischer Teilnahme eröffnen wie den Einheimischen. Das setzt u. a. einen aufnahmefähigen Arbeitsmarkt voraus ohne strukturelle Barrieren nach Geschlecht, Herkunft, Alter, Religion et cetera, alles Bedingungen, die in der Bundesrepublik keineswegs gegeben sind. Aber Anstrengungen auf Seiten der Zuwanderer sind ebenso unabdingbar für ein Gelingen der Integration. Um eine attraktive Position auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, ist mehr notwendig als fachliche Qualifikationen und die Beherrschung der deutschen Sprache. Man muss auch über bestimmte Verhaltensweisen und Kulturtechniken verfügen, beispielsweise über die selbstverständliche Anerkennung auch weiblicher Autoritätspersonen, Disziplin, Pünktlichkeit etc. Die Teilnahme am politischen Prozess einer Demokratie setzt nicht nur Staatsbürgerrechte voraus, sondern auch die Verinnerlichung der demokratischen Spielregeln und die Anerkennung der Trennung von Religion, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Insofern gibt es durchaus eine „Leitkultur“, die Anpassung verlangt bei Strafe dauerhafter Ausgrenzung. Und diese Anpassungsleistungen reichen von der Verinnerlichung der protestantischen Ethik über das Grundgesetz bis zur Straßenverkehrsordnung und vielem mehr.

Fatalerweise bedingen die objektiven strukturellen und die subjektiven kulturellen Voraussetzungen gelingender Integration sich wechselseitig. Man kann von Zuwanderern nicht erwarten, in die Bildung ihrer Kinder zu investieren, wenn der Arbeitsmarkt das nicht belohnt. Umgekehrt, wenn die Subjekte nicht die notwendigen Qualifikationen und Verhaltensweisen erworben haben, kann der Arbeitsmarkt sie nicht aufnehmen. So kann ein Teufelskreis misslingender Integration entstehen. Wenn die Gesellschaft den Zuwanderern keine attraktiven Möglichkeiten ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Teilnahme bietet und ihnen obendrein mit vorurteilsgeladener Abwehr begegnet, dann ist kaum zu erwarten, dass diese ihrerseits die Mühen der Integration auf sich nehmen. Wenn die Migranten aber nicht die subjektiven Voraussetzungen der Integration erworben haben, können Sie die sich bietenden Chancen gar nicht ergreifen.

Doch selbst wenn alle notwendigen objektiven und subjektiven Bedingungen gegeben wären, auch dann würde Inte-

gration von den Individuen viel verlangen. Wanderungen bedrohen immer auch Identitäten. Der Migrant muss sich in einer fremden Umgebung zurechtfinden, er muss existenzielle Verunsicherungen ertragen, einen Mangel an Selbstbestimmung, fehlende Anerkennung und soziale Isolation. Er muss sich von seiner Heimat lösen, Alfred Schütz hat gesagt: Er muss seine Gräber entheiligen. Nach psychoanalytischen Berichten aus Therapien mit traumatisierten Flüchtlingen können die Belastungen der Migration schwerwiegender sein als die im Herkunftsland erfahrenen, die die Flucht ausgelöst haben.

Aber auch die Einheimischen verlieren ein Stück Heimat, wenn ihre gewohnte Umgebung durch den Zuzug der Fremden verändert wird. Und solche Veränderungen treffen in erster Linie diejenigen unter den Deutschen, die am wenigsten damit umgehen können. Zuwanderer geraten in der Regel in die Nachbarschaft zu den deutschen Verlierern des Strukturwandels. Verlierer aber haben viele Gründe, den Fremden mit Abwehr zu begegnen. Verlierer brauchen Sündenböcke, eine Rolle, für die sich Fremde immer schon gut geeignet haben. Wenn solche erzwungenen Nachbarschaften zwischen noch nicht integrierten Zuwanderern und deutschen Verlierern sich dann noch in einer Umgebung herstellen, die ihren Bewohnern täglich vor Augen führt, dass sie am Rand der Stadtgesellschaft angekommen sind, dann ist es kein Wunder, wenn aggressive Abgrenzung und nicht Toleranz und wohlwollendes Aufeinanderzugehen das Resultat sind. Auch ist die Angst, dass durch die Flüchtlinge die eh schon prekäre eigene Situation noch prekärer werden könnte, nicht unbegründet. Versorgung und Integration der Flüchtlinge werden in der Regel aus den Sozialtats bezahlt, könnten also zulasten der von Transferzahlungen abhängigen Deutschen gehen. Die Flüchtlinge konkurrieren auch selten um hoch qualifizierte Arbeitsplätze und teure Eigenheime mit den Einheimischen. Wenn sie in Konkurrenz zu Deutschen treten, dann in den Segmenten des Arbeits- und Wohnungsmarkts, auf die die ökonomisch und sozial Schwächeren angewiesen sind.

Die Bilder, die das Fernsehen von Flüchtlingen geliefert hat, weckten noch weit tiefere Ängste. Sie werden sich an die Bilder von Massen von Flüchtlingen erinnern, die aus dem offenen Maul einer riesigen Autofähre hervorquollen, von Kolonnen, die über Autobahnen und Bahngeleise marschierten, als ob keine Grenze sie aufhalten könnte. Das weckte nicht nur beim deutschen Finanzminister Assoziationen von Lawinen oder Fluten, von Naturgewalten, gegen die es keinen Schutz gibt. Diese Bilder haben Ängste ausgelöst, die denen gleichen, die bei der Schleifung der Stadtbefestigungen Anfang des 19. Jahrhunderts auftraten. Die Stadtmauer hatte seit Menschengedenken die Grenze gebildet zwischen einem befriedeten Inneren und einem bedrohlichen Außen. Mit dem Fall der Mauern gab es plötzlich keine Tore mehr, die geschlossen werden konnten. Nun drängte, was die Mauern draußen gehalten hatten, in die Städte. Das Bild der Stadt schlug um: Aus einer Insel des Friedens und der Ordnung wurde ein Ort des Chaos und der Unsicherheit. Grenzen haben ein Doppelgesicht: Sie engen ein, sie beschränken die Freiheit, aber sie gewähren auch Schutz und Sicherheit. Die Aufhebung einer Grenze ist deshalb immer ein Akt von hoher, widersprüchlicher Symbolik.

Er ist Befreiung, aber er kann auch tiefe Ängste wecken vor Kontrollverlust, vor dem Zusammenbruch aller Ordnung und Sicherheit.

Das könnte zur Erklärung beitragen, weshalb der Hass auf Flüchtlinge besonders ausgeprägt in den neuen Bundesländern ist. Die Mauer hatte ein in vieler Hinsicht beengtes aber auch ein in vieler Hinsicht sicheres Leben gewährleistet. Wer die nötigen politischen Anpassungsleistungen erbracht hatte, dessen Leben verlief in berechenbaren Bahnen. Er musste weder fürchten, seinen Arbeitsplatz zu verlieren, noch dass ihm die Wohnung gekündigt würde. Mit dem Fall der Mauer 1989 ist auch der Schutz vor den Risiken und Unsicherheiten von Kapitalismus und Liberalismus gefallen. Die Bilder von den ungehindert hereinströmenden Flüchtlingen aktualisieren heute die existenziellen Verunsicherungen, die viele Bürger der DDR nach 1989 erleben mussten. Auch daher ihre angstvolle Wut angesichts der Flüchtlingsströme.

Was folgt daraus für praktische Politik?

- Integration ist eine Daueraufgabe, die mit jedem Zuwanderer aufs Neue beginnt. Die Zuwanderung wird anhalten. Deshalb braucht Integration qualifiziertes Personal, dauerhafte Institutionen und dauerhafte Etats. Was Integration nicht braucht sind Projekte, die nach fünf oder zehn Jahren wieder eingestellt werden.
- Integration ist ein konfliktreicher Prozess. Notwendig sind Moderationsverfahren und ein sehr genaues Monitoring der Stadt. Frankfurt am Main und Berlin waren die ersten, die Schritte in diese Richtung unternommen haben.
- Notwendig ist auch eine vorsichtige Aufwertung in Quartieren mit einem hohen Anteil von Zuwanderern, damit integrationserfolgreiche Zuwanderer nicht gezwungen sind, fort zu ziehen, um eine bessere Wohnung zu bekommen. Notwendig sind gerade in diesen Quartieren die besten Schulen, um zu verhindern, dass bildungsorientierte Haushalte aus Angst um die zukünftigen Bildungschancen ihrer Kinder das Quartier verlassen, wenn der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den Klassen steigt.
- Integrationspolitik hat zwei Adressaten: nicht nur die Flüchtlinge, sondern ebenso die einheimische Bevölkerung, die von Ausgrenzung bedroht ist. Die Integration von Migranten ist nur eine besonders sichtbare Facette der generellen Aufgabe, die Integration der Stadtgesellschaft zu sichern.
- Die Lasten der Integration sind ungleich verteilt. Im Alltag der deutschen Mittel- und Oberschicht kommen Flüchtlinge kaum vor. Integration wird sehr viel Geld kosten, für Lehrer, Sozialarbeiter, Arbeitsvermittler, Polizisten, für Wohnungen, Schulen usw. Es wäre ein Gebot nicht nur solider Haushaltspolitik, sondern auch einer gerechteren Lastenverteilung, wenn Haushalte oberhalb einer bestimmten Einkommensschwelle durch einen Solidarbeitrag Flüchtlingshilfe wenigstens finanziell an den Kosten der Integration beteiligt würden.
- Integration braucht geschützte Räume des Übergangs. Ethnische Kolonien sind solche Übergangsräume, die notwendige Funktionen im Prozess der Integration erfüllen. Hier finden die neu Zugewanderten erste Informationen

über die noch fremde Gesellschaft, materielle Hilfen, soziale Netze, psychische Unterstützung. Erst auf Basis einer halbwegs gesicherten Identität kann man sich auf das Abenteuer der Auseinandersetzung mit einer fremden Gesellschaft produktiv einlassen. Deshalb sind ethnische Kolonien ein Phänomen in allen Einwanderungsgesellschaft: China Town, Little Italy, Little Germany. Die Stadt als Mosaik aus unterschiedlichen Lebenswelten bietet Räume des Übergangs, in denen der Schock der Migration gemildert wird. Allerdings laufen Einwanderungsquartiere immer auch Gefahr, zu Fallen zu werden. Je größer die soziale Gruppe, je geringer ihr Zugang zu den Systemen Bildung, Wirtschaft, Politik und je leichter der Zugang zu Massenmedien des Herkunftslandes desto höher ist die Gefahr eines Rückzugs in eine enge und repressive Welt der eigenen Herkunftskultur. Am Ende eines solchen Prozesses negativer Wechselwirkungen stünde dauerhafte Ausgrenzung.

- Schließlich: Geduld, Konflikttoleranz und Einsicht ins Unvermeidliche, funktionierende Märkte, Rechtsstaatlichkeit, Staatsbürgerrechte für alle Bewohner, urbane Indifferenz, die Stadt als Mosaik verschiedener Lebenswelten, ein durchlässiges Bildungssystem, das wären ideale gesellschaftliche Voraussetzungen für ein Gelingen von Integration. Aber auch unter solch idealen Bedingungen wäre Integration immer noch ein langer Prozess, in dem den Einheimischen wie den Zugewanderten außeralltägliche Leistungen abverlangt werden. Integration braucht Zeit, mindestens die Zeit dreier Generationen – denken Sie an das Schicksal der Ruhrpolen, die erst in der Zeit des Wirtschaftswunders nach dem Zweiten Weltkrieg endgültig in die deutsche Gesellschaft aufgenommen worden sind – und sie beginnt mit jedem Zuwanderer aufs Neue. Integration braucht geschützte Räume des Übergangs und sie

braucht die Fähigkeit, mit den objektiven und subjektiven Schwierigkeiten der Zuwanderung halbwegs zivil umzugehen. Die Einsicht in die unvermeidlichen Ärgernisse der Integration zu fördern statt sie zu leugnen und mit der Einsicht auch die Fähigkeit, sie zu ertragen, das wäre vielleicht die wichtigste Leistung einer Politik gelingender Integration.

Ich möchte Sie zum Schluss an die Zeit vor 65 Jahren erinnern. 1950 lebten in der Bundesrepublik 47 Millionen Menschen, davon 7,2 Millionen Flüchtlinge. Das Bonner Institut für Raumforschung, der Vorgänger der Bundesforschungsanstalt, publizierte damals ein Gutachten, in dem Gerhard Isenberg mit erheblichem statistischen Aufwand nachgewiesen hatte, dass diese Zahl von Flüchtlingen die ökonomische Tragfähigkeit der Bundesrepublik um 3,7 bis 6,6 Millionen übersteige. Seitdem ist die Zahl der Einwohner in Westdeutschland um 18 Millionen gewachsen, und die Bundesrepublik ist nicht zusammengebrochen. Gegenwärtig gibt es wieder eine Diskussion, inwieweit die heutigen Flüchtlingszahlen nicht die ökonomische, aber die politische und kulturelle Tragfähigkeit der Bundesrepublik überfordern. Es ist zu hoffen, dass in weiteren 65 Jahren unsere Enkel und Urenkel auf eine ähnlich schlagende historische Widerlegung heutiger Ängste zurückblicken werden.

1 Der Beitrag basiert auf einem am 14.09.2016 auf der Statistischen Woche im Rahmen einer Sitzung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker gehaltenen Vortrag und fasst Überlegungen aus meinem Buch „Die Kultur der Stadt“, edition suhrkamp, 3. Aufl. 2019 zusammen.